

Leserbrief an die Süddeutsche Zeitung (München)

von Friedbert Mühldorfer (VVN-BdA München)

zum Artikel von Ronen Steinke „Die Rückkehr der Berufsverbote“ (27.01.2025)

„Die vorliegende [Bayerische] Verfassung stellt eine glückliche Synthese zwischen Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft dar. Der Verfassungsausschuss ging dabei von folgenden prinzipiellen Erwägungen aus:

Der Nationalsozialismus belog das Volk bereits mit seinem Titel. Er nannte sich Sozialismus, war aber weder sozialistisch noch sozial. In den zwölf Jahren feierte der Privatkapitalismus wahre Triumphe. Er kam durch Kapitalisten im wahrsten Sinne des Wortes zur Macht. Ich erinnere hier nur an Papen, Hugenberg und an das Bankhaus Schröder. Diese Männer erhofften sich durch den Nationalsozialismus hohe Gewinne. Zu diesen Männern stießen dann die großen Konzerne der Stahlindustrie und der sonstigen Großbetriebe. Und in der Tat, der Nationalsozialismus hat diese machthungrigen Kapitalisten in keiner Weise enttäuscht. Sie konnten Millionen und Milliarden als Profit in ihre Taschen stecken. (.....)

Es wäre ein Verbrechen, heute und für die spätere Zukunft dem Privatkapitalismus allein das Wort zu reden. [...] Da die Verfassung eine Synthese zwischen Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft darstellt, so sind in dieser Verfassung genügend Artikel enthalten, welche diesen Umstand zum Ausdruck bringen.“

(Quelle: Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung Bayern vom 13. September 1946, Stenographischer Bericht S. 150f.)

So begründete der CSU-Abgeordnete Alois Schlägl die wirtschaftspolitischen - und gegen „Profitmaximierung“ gerichteten - Artikel der Bayerischen Verfassung.

Knapp 80 Jahre später droht der Lehramtsanwärterin Lisa Poettinger ein Berufsverbot, weil sie u.a. den bösen Begriff „Profitmaximierung“ verwendet.

Könnte es sein, dass Lisa Poettinger viel näher dran ist an der Bayerischen Verfassung als das Bayerische Kultusministerium?